



Beate Müller-Gemmeke MdB

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 73041
Fax 030 227 – 76041

E-Mail: beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Pressemitteilung

01.04.2010

Kein Zwang zur Leiharbeit

Zu dem Vorschlag von Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU, Langzeitarbeitslose mit schwierigen Biographien in die Zeitarbeit zu drängen, erklärt Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte:

Der Vorschlag der Mittelstandsvereinigung der CDU ist ein Skandal. Arbeitslose Hartz IV-Empfänger dürfen nicht auf Druck der Bundesagentur für Arbeit in Zeitarbeitsunternehmen gedrängt werden. Bei der Vermittlung von Arbeitslosen muss die Menschenwürde bewahrt bleiben.

Es macht keinen Sinn, Menschen um jeden Preis in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu drängen - weder für die Zeitarbeitsunternehmen noch für entleihende Unternehmen. Der Schaden, den die Zwangsverpflichtung auf dem Arbeitsmarkt verursachen könnte, wäre nicht kalkulierbar.

Wahrscheinlich ist ein steigender Druck hin zu noch mehr prekären Löhnen mit unabsehbaren Folgen, sowohl in der Zeitarbeitsbranche als auch in den Branchen und Tätigkeitsbereichen, in denen die Zeitarbeitskräfte eingesetzt werden. Dies wäre fatal, zumal die schwarz-gelbe Bundesregierung einen gesetzlichen Mindestlohn ablehnt und branchenspezifische Mindestlöhne behindert. Eine weitere Ausweitung des Niedriglohnsektors ist gefährlich und befördert die Spaltung in unserer Gesellschaft.